

Marc Müller, Präsident von «Hausärzte Schweiz»; Margot Enz Kuhn, Vorsitzende Kommission Gesundheitspolitik



Wo bleibt unsere politische Glaubwürdigkeit?

Letzte Woche hat die FMH zur Teilnahme an einer befremdenden Urabstimmung aufgerufen.



Die Managed-Care-Vorlage als Teil der KVG-Revision sorgt in der Ärzteschaft schon seit Jahren für Gesprächsstoff, manchmal für heisse Köpfe. Diese ist, obschon massgeblich auf den Thesen der FMH zu Managed Care aufgebaut, nicht nur im Parlament umstritten, sondern auch bei der Ärzteschaft. Der Berufsverband «Hausärzte Schweiz» hat, legitimiert durch wiederholt

klare Entscheide seiner Delegierten, die Vorlage bisher unterstützt, dies unter der Bedingung, dass zwei wesentliche Punkte erfüllt werden: Zum Einen bedeutet die Verbesserung des Risikoausgleichs für uns eine «conditio sine qua non», zum Andern bestehen wir auf der Unabhängigkeit der Netzwerke von den Krankenkassen. An der Delegiertenversammlung vom 21. Mai 2011 haben wir, angesichts der nach wie vor bestehenden Differenzen zwischen den Parlamentskammern, eine intensive Diskussion über die weitere Positionierung unseres Verbandes zu dieser Vorlage geführt. Die Delegierten haben, nach Meinung des Vorstandes, eine staatspolitisch kluge Entscheidung gefällt. Mit klarer Mehrheit haben sie – trotz eines entsprechenden Antrags der Genfer Hausärzte – beschlossen, keinen übereilten Entscheid zu fällen. Sie wollen die abschliessenden Diskussionen im Parlament abwarten und im Herbst, basierend auf der definitiven Vorlage, an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung am 3. November 2011 über die weitere Haltung des Verbandes entscheiden.

Einigen Mitgliedern der FMH fehlt diese Geduld. Obschon der Antrag von H. Chaudhry (VSAO) in einer turbulenten Ärztekammersitzung am 26. Mai 2011 letztlich klar abgelehnt wurde, haben sich einige kantonale und Fachgesellschaften – Ihr konntet es in der Ärztezeitung lesen – entschlossen, diesen Entscheid einer

Urabstimmung zu unterziehen. Ihr, d.h. alle FMH-Mitglieder, seid deshalb aufgefordert, für oder gegen die Ablehnung dieses Ärztekammerentscheides zu votieren. «Ja» bedeutet, Ihr seid für den «Antrag Chaudhry», «Nein» heisst, Ihr unterstützt den ablehnenden Entscheid der Ärztekammer.

Erstaunlich sind auch die Hintergründe des Antrags. Da dieser auch Widerstand und Referendumsdrohung gegen bereits verabschiedete Teile der MC-Vorlage beinhaltet - diese werden im Parlament nicht mehr diskutiert - bedeutet ein Ja bei der Urabstimmung, dass die FMH definitiv das Referendum unterstützen oder gar ergreifen muss, unabhängig davon, was in der Einigungskonferenz der Räte beschlossen wird.

Ein Ja bei der Urabstimmung würde die FMH zwingen, in einem denkbar ungünstigen und sensiblen Moment ihre politische Entscheidungsfreiheit aufzugeben. Dadurch würde sie jeglichen Einfluss auf die entscheidenden, letzten Diskussionen im Parlament und – viel schlimmer – ihre politische Glaubwürdigkeit verlieren. Dieser ideologische Machtpoker hat bereits deutlichen Schaden angerichtet. Es gilt nun, den Schaden zu begrenzen.

Wir bitten Euch deshalb um zwei Dinge:

- Unterstützt den Berufsverband «Hausärzte Schweiz» und dessen Delegiertenversammlung auf ihrem politischen Weg, indem Ihr die Urabstimmung ablehnt. Stimmt NEIN und gebt uns die Gelegenheit, anfangs November an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung die Vorlage als Ganzes zu beurteilen, und dann zu entscheiden, ob wir sie weiter unterstützen wollen.
- Nutzt die Gelegenheit zur Abstimmung, damit der Entscheid, ganz gleich wie er ausfällt, repräsentativ ist und nicht ein Zufallsmehr über die Zukunft der FMH-Politik entscheidet.